

712010-2023 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – Speisenverteilzentrum TGA HLS

OJ S 226/2023 23/11/2023

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Gesundheit Nord gGmbH Klinikverbund Bremen

E-Mail: parbs@ghb-law.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer regionalen Gebietskörperschaft kontrolliertes öffentliches Unternehmen

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Gesundheit

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Speisenverteilzentrum TGA HLS

Beschreibung: Auftraggeberin: Die Gesundheit Nord gGmbH Klinikverbund Bremen bietet an insgesamt vier Standorten Klinikum Bremen Mitte (KBM), Klinikum Bremen Ost (KBO), Klinikum Links der Weser (KBL) und Klinikum Bremen Nord (KBN) medizinische und pflegerische Versorgung der höchsten Versorgungsstufe (Maximalversorgung) an. Mit fast 3.000 Planbetten und etwa 8.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist die Gesundheit Nord gGmbH Klinikverbund Bremen einer der größten kommunalen Krankenhauskonzerne in Deutschland. Ausschreibungsziel: Ziel der hier ausgeschriebenen Ingenieurleistung ist die Beteiligung an der Umsetzung eines High-Convenience-Speisenverteilzentrums, das alle Kliniken der Gesundheit Nord mit tablettierte Speisen versorgt. Auf der Bestandsfläche der Küche am Klinikum Bremen Ost (KBO) und Teilen des Zentrallagers soll ein optimales Speisenverteilzentrum entstehen. Eine vorangegangene Machbarkeitsstudie (von 2019, Kosten Stand 01.2022) beinhaltet ein Raumkonzept der Küche. Die Machbarkeitsstudie ist der Anlage beigefügt und muss in Teilen an die geänderte, zukünftige Nutzungssituation angepasst werden. Basiswerte aus dem Jahr 2023: - Ca. 1.700 Tablets pro Mahlzeit (Frühstück, Mittagessen und Abendessen), 5.200 Essen pro Tag für die Patientenversorgung, also ca. 1,9 Mio. Essen im Jahr - Ca. 1.000 Portionen Mittagessen im Großgebäude von Montags bis Freitags Um die Speiserversorgung zukunftsfähig zentral aufzustellen und auch weiterhin kosteneffizient und hygienekonform arbeiten zu können, soll in zwei Stufen ein zentrales Speisenverteilzentrum errichtet werden. Die Analysen haben ergeben, dass einzig der Küchenstandort KBO nach einem Umbau im Bestand in der Lage ist, die Speiserversorgung für alle Standorte in einem ersten Schritt interimistisch zu übernehmen. Die Interimslösung ist zwingende Voraussetzung, damit die Bestandsküche am KBM zeitnah freigezogen werden kann und die Fläche für die geplanten strukturellen Maßnahmen am KBM zur Verfügung steht. Sobald das Hauptgebäude des KBO in 10-15 Jahren nicht mehr genutzt wird, zieht die Küche ggf. in einem zweiten Schritt mit in einen somatischen Neubau auf dem Gelände des KBO. Sollte ein Neubau am KBO nicht errichtet werden, bleibt das Speisenverteilzentrum in Haus 64. Die Investitionen in die Speisenverteiltechnik sollen für eine mögliche Weiterverwendung in einem Neubau berücksichtigt werden. Leistungszeitraum:

Planungsbeginn beginnt mit der Auftragserteilung in 04.2024 Ende der Leistungserbringung (ohne LPH 9) voraussichtlich Ende 2026 Aufgabenstellung: 1. Aufgabe Planung (im Bereich Anlagengruppen 1, 2, 3 und 8) des zentralen Speiserverteilstützpunkts im KBO 2. Aufgabe - Interimskonzepte gem. Machbarkeitsstudie Punkt 8.3.1 Planung und Umsetzung "baulicher Anpassungen" im KBO - jeweils im Bereich der beauftragten Anlagengruppen Die Er- / Überarbeitung ist in Anlehnung an die anliegende Machbarkeitsstudie in Zusammenarbeit mit den Architekten, dem Küchenplaner und den weiter fachlich Beteiligten zu erbringen.
Leistungen/Stufenvertrag/anrechenbare Kosten: LPH 1-9 Grundleistungen gem. § 55 HOAI für die Anlagengruppen 1, 2, 3 und 8 gem. § 53 HOAI - die Leistungen werden mit Stufenvertrag beauftragt. Die anrechenbaren Kosten für die Leistungen in den Anlagengruppen 1, 2, 3 und 8 belaufen sich auf netto etwa EUR 1.600.000,00.
Kennung des Verfahrens: 8dfb4443-d306-48a1-9b22-b8c296b39d96
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Gesundheit Nord gGmbH St.-Jürgen-Straße 1
Stadt: Bremen
Postleitzahl: 28205
Land, Gliederung (NUTS): Bremen, Kreisfreie Stadt (DE501)
Land: Deutschland
Ort im betreffenden Land
Zusätzliche Informationen: Das Bauvorhaben wird auf dem Gelände des Auftraggeberin "Züricher Str. 40, Bremen" durchgeführt. Die Interimsmaßnahmen erfolgen auch auf dem Gelände der Auftraggeberin "Sr.-Jürgen-Str.1, Bremen" .

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bekanntmachungs-ID: CXP4DDKHRB6 1. In die Auswahl der zur Verhandlung zugelassenen Bewerber kommt, wer den Teilnahmeantrag (Anlage zu dieser Bekanntmachung) entsprechend den Teilnahmebedingungen rechtzeitig mit allen geforderten Nachweisen und Erklärungen eingereicht hat (die Nachforderung von Unterlagen steht im Ermessen der Vergabestelle). Die Bewerber werden nach einer Wertungsmatrix (ist im Teilnahmeantrag enthalten und erläutert) bewertet und die Reihenfolge der Bewerber wird festgelegt. Die 4 Bewerber, die auf Basis dieser Wertungsmatrix die höchste Punktzahl erreicht haben, werden zur Verhandlung zugelassen. Falls die geplante Höchstzahl durch Bewerber mit gleicher Punktzahl überschritten wird, entscheidet unter diesen das Los. Wird die Anzahl von mindestens 3 Bewerbern, die zur Verhandlung aufgefordert werden sollen, nicht erreicht, behält sich die Auftraggeberin vor, das Verhandlungsverfahren aufzuheben oder es mit einer niedrigeren Bewerberzahl fortzuführen. 2. Im Fall der Eignungsleihe behält sich die Auftraggeberin vor, die gemeinsame Haftung des Bewerbers und des anderen Unternehmens gem. § 47 Abs. 3 VgV zu verlangen. 3. Der Teilnahmeantrag und die dieser Bekanntmachung beigefügte Machbarkeitsstudie nebst Planunterlagen können vom Bewerber über die Vergabepattform heruntergeladen werden. Der ausgefüllte Teilnahmeantrag mit Anlagen ist mit Hilfe elektronischer Mittel über die E-Vergabepattform einzureichen. Das Fehlen im Teilnahmeantrag geforderten Nachweise und Erklärungen kann ohne Nachforderung zum Ausschluss der Bewerbung führen. Änderungen an den vorgegebenen

Texten im Teilnahmeantrag und an der dortigen Reihenfolge sind nicht zulässig. Bewerbungsunterlagen, die über den im Teilnahmeantrag geforderten Umfang hinausgehen, werden nicht zugunsten des Bewerbers berücksichtigt. Die im Teilnahmeantrag geforderten Referenzobjekte müssen sich auf Projekte innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) oder der Schweiz beziehen, anderenfalls wird die Referenz nicht zugelassen. 4. Mehrfachbewerbungen sind nicht zugelassen. Ein Bewerber, der sich auch als Mitglied einer Bewerbergemeinschaft bewirbt, wird ausgeschlossen. Dieser Ausschluss trifft auch die Bewerbergemeinschaft, der er angehört. Gleiches gilt für den Fall, dass ein Mitglied einer Bewerbergemeinschaft zugleich Mitglied einer (oder mehrerer anderer) Bewerbergemeinschaft (en) ist - diese Bewerbergemeinschaften werden ausgeschlossen. 5. Zu diesem Verfahren werden nur Bewerber zugelassen, die sich mit dem vorgegebenen Teilnahmeantrag (Anlage zu dieser Bekanntmachung) bewerben. Es gelten die im Teilnahmeantrag genannten Bearbeitungshinweise. Bewerbergemeinschaften geben einen Teilnahmeantrag mit allen Angaben gemeinsam ab. 6. Alle Erklärungen/Unterlagen/Nachweise sind in deutscher Sprache oder in beglaubigter deutscher Übersetzung zu erbringen. 7. Die Auftraggeberin behält sich, vom Bewerber zu verlangen, die Richtigkeit seiner Erklärungen durch geeignete Nachweise zu belegen. 8. Bewerber, die sich wegen der Eignungsnachweise auf § 50 Abs. 3 VgV berufen, müssen die Vergabenummer desjenigen Vergabeverfahrens angeben, in dem sie die Nachweise eingereicht haben. Zu beachten ist zudem, dass die Nachweise, auf deren Vorliegen sich Bewerber oder Bieter berufen, für das jetzige Vergabeverfahren aktuell sein müssen. 9. Eine Bietergemeinschaft muss im Auftragsfall eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts (deren Gesellschafter gesamtschuldnerisch haften) mit einem oder mehreren bevollmächtigten Vertretern sein. Im Teilnahmeantrag müssen die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft das Mitglied benennen, das sie im Vergabeverfahren gegenüber der Auftraggeberin rechtsverbindlich vertritt. 10. Die Leistungen werden nur vergeben an im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ansässige: a) natürliche Personen, die gemäß den Rechtsvorschriften ihres Heimatlandes zur Führung der Berufsbezeichnung "Dipl.-Ingenieur" oder "Master of Engineering (M.Eng.)" oder "Master of Science (M.Sc.)" (oder jeweils: gleichwertig - Bachelor-Abschluss ist gleichwertig) der jeweiligen Fachrichtung berechtigt sind. Ist in dem jeweiligen Heimatstaat die Berufsbezeichnung nicht geregelt, so erfüllt die fachlichen Anforderungen als "Dipl.- Ingenieur" oder "Master of Engineering (M.Eng.)" oder "Master of Science (M.Sc.)" (oder gleichwertig) der jeweiligen Fachrichtung, wer über ein Diplom, Prüfungszeugnis oder sonstigen Befähigungsnachweis verfügt, dessen Anerkennung nach den Richtlinien der EU gewährleistet ist. b) juristischen Personen oder sonstige Personenvereinigungen, sofern deren (satzungsgemäßer) Geschäftszweck auf Leistungen der jeweiligen Fachrichtung ausgerichtet ist, der der ausgeschriebenen Aufgabe entspricht, und einer der Gesellschafter oder einer der bevollmächtigten Vertreter oder der mit der Aufgabe betraute Mitarbeiter die an natürliche Personen gestellten Anforderungen erfüllt. c) Bewerbergemeinschaften/Arbeitsgemeinschaften, deren Mitglieder die vorstehenden Voraussetzungen erfüllen.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgl. -

2.1.6. Ausschlussgründe

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Konkurs: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Korruption: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vergleichsverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Betrugsbekämpfung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Zahlungsunfähigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Entrichtung von Steuern: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Speisenverteilzentrum TGA HLS

Beschreibung: Auftraggeberin: Die Gesundheit Nord gGmbH Klinikverbund Bremen bietet an insgesamt vier Standorten Klinikum Bremen Mitte (KBM), Klinikum Bremen Ost (KBO), Klinikum Links der Weser (KBL) und Klinikum Bremen Nord (KBN) medizinische und pflegerische Versorgung der höchsten Versorgungsstufe (Maximalversorgung) an. Mit fast 3.000 Planbetten und etwa 8.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist die Gesundheit Nord gGmbH Klinikverbund Bremen einer der größten kommunalen Krankenhauskonzerne in Deutschland. Ausschreibungsziel: Ziel der hier ausgeschriebenen Ingenieurleistung ist die Beteiligung an der Umsetzung eines High-Convenience-Speisenverteilzentrums, das alle

Kliniken der Gesundheit Nord mit tablettierte Speisen versorgt. Auf der Bestandsfläche der Küche am Klinikum Bremen Ost (KBO) und Teilen des Zentrallagers soll ein optimales Speiserverteilstützpunkt entstehen. Eine vorangegangene Machbarkeitsstudie (von 2019, Kosten Stand 01.2022) beinhaltet ein Raumkonzept der Küche. Die Machbarkeitsstudie ist der Anlage beigefügt und muss in Teilen an die geänderte, zukünftige Nutzungssituation angepasst werden. Basiswerte aus dem Jahr 2023: - Ca. 1.700 Tablette pro Mahlzeit (Frühstück, Mittagessen und Abendessen), 5.200 Essen pro Tag für die Patientenversorgung, also ca. 1,9 Mio. Essen im Jahr - Ca. 1.000 Portionen Mittagessen im Großgebäude von Montags bis Freitags Um die Speiserversorgung zukunftsfähig zentral aufzustellen und auch weiterhin kosteneffizient und hygienekonform arbeiten zu können, soll in zwei Stufen ein zentrales Speiserverteilstützpunkt errichtet werden. Die Analysen haben ergeben, dass einzig der Küchenstandort KBO nach einem Umbau im Bestand in der Lage ist, die Speiserversorgung für alle Standorte in einem ersten Schritt interimistisch zu übernehmen. Die Interimslösung ist zwingende Voraussetzung, damit die Bestandsküche am KBM zeitnah freigezogen werden kann und die Fläche für die geplanten strukturellen Maßnahmen am KBM zur Verfügung steht. Sobald das Hauptgebäude des KBO in 10-15 Jahren nicht mehr genutzt wird, zieht die Küche ggf. in einem zweiten Schritt mit in einen somatischen Neubau auf dem Gelände des KBO. Sollte ein Neubau am KBO nicht errichtet werden, bleibt das Speiserverteilstützpunkt in Haus 64. Die Investitionen in die Speiserverteilstützpunkt sollen für eine mögliche Weiterverwendung in einem Neubau berücksichtigt werden. Leistungszeitraum: Planungsbeginn beginnt mit der Auftragserteilung in 04.2024 Ende der Leistungserbringung (ohne LPH 9) voraussichtlich Ende 2026 Aufgabenstellung: 1. Aufgabe Planung (im Bereich Anlagengruppen 1, 2, 3 und 8) des zentralen Speiserverteilstützpunkts im KBO 2. Aufgabe - Interimskonzepte gem. Machbarkeitsstudie Punkt 8.3.1 Planung und Umsetzung "baulicher Anpassungen" im KBO - jeweils im Bereich der beauftragten Anlagengruppen Die Er- / Überarbeitung ist in Anlehnung an die anliegende Machbarkeitsstudie in Zusammenarbeit mit den Architekten, dem Küchenplaner und den weiter fachlich Beteiligten zu erbringen. Leistungen/Stufenvertrag/anrechenbare Kosten: LPH 1-9 Grundleistungen gem. § 55 HOAI für die Anlagengruppen 1, 2, 3 und 8 gem. § 53 HOAI - die Leistungen werden mit Stufenvertrag beauftragt. Die anrechenbaren Kosten für die Leistungen in den Anlagengruppen 1, 2, 3 und 8 belaufen sich auf netto etwa EUR 1.600.000,00.
Interne Kennung: #1

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Gesundheit Nord gGmbH St.-Jürgen-Straße 1

Stadt: Bremen

Postleitzahl: 28205

Land, Gliederung (NUTS): Bremen, Kreisfreie Stadt (DE501)

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

Zusätzliche Informationen: Das Bauvorhaben wird auf dem Gelände des Auftraggeberin "Züricher Str. 40, Bremen" durchgeführt. Die Interimsmaßnahmen erfolgen auch auf dem Gelände der Auftraggeberin "Sr.-Jürgen-Str.1, Bremen" .

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot
Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert
Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja
Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja
Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für:freelance#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die geforderten Nachweise und Erklärungen sind im anliegenden Teilnahmeantrag (vergl. dazu auch unter "zusätzliche Angaben" dieser Bekanntmachung) einzufügen. Im Einzelnen werden folgende Nachweise/Erklärungen gefordert: 1. allgemeine Angaben des Bewerbers (Vordruck: siehe Teilnahmeantrag) 2. Bewerbergemeinschaftserklärung (Vordruck: siehe Teilnahmeantrag). 3. Eigenerklärung über Ausführungs- und Lieferinteressen nach § 73 Abs. 3 VgV. 4. Eignungsnachweise betreffend die fachliche Befähigung nach § 46 Abs. 3 Nr. 6 VgV (in Kopie) der Bewerber (bei Bewerbergemeinschaften: ihrer Mitglieder), der verantwortlichen Führungskräfte und der vorgesehenen Leistungserbringer, z. B. durch Nachweis der Berufszulassung, Studiennachweise oder sonstige Bescheinigungen über die fachliche Eignung/Qualifikationen. 5. Eigenerklärung zu Ausschlussgründen nach § 124 GWB. 6. Eigenerklärung zu Ausschlussgründen nach § 123 GWB 7. Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5ki Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 8. Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung in Kopie (nicht älter als 1 Jahr; bei Bewerbergemeinschaften für jedes Mitglied gesondert) 9. Eigenerklärung, ob und ggf. in welchem Umfang auf die Kapazitäten anderer Unternehmen (Erteilung von Unteraufträgen an Nachunternehmer o. ä.) zurückgegriffen wird (siehe auch § 36 VgV).

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Jahresnettohonorarumsätze für TGA-Planer nach §§ 53 ff. HOAI für die Jahre 2020, 2021 und 2022

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Es werden folgende Nachweise/Erklärungen gefordert: Eigenerklärung nach 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV für die Jahre 2020, 2021 und 2022 über die jeweiligen Jahresnettohonorarumsätze für TGA-Fachplanung nach § 53 ff. HOAI betr. Leistungen für die Anlagengruppen 1, 2, 3 und 8. Die Einzelheiten der Wertung ergeben sich aus dem Teilnahmeantrag (dort: Kriterium 9 und "Wertungsmatrix").

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: "Jahresmitarbeiterzahl Dipl.- Ingenieure" des TGA-Planers

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Es werden folgende Nachweise/Erklärungen gefordert: Die Eigenerklärung nach § 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV für die Jahre 2021, 2022 und 2023 über die jeweils durchschnittliche Anzahl der beschäftigten Dipl.-Ingenieure (oder gleichwertige Ausbildung - Bachelor-Abschluss oder Meisterprüfung in einem technischen Beruf oder staatl. gepr. Techniker ist gleichwertig - jeweils: ohne freie Mitarbeiter) inkl. Führungskräfte für TGA-Planung nach §§ 53 ff. HOAI (betr. Anlagengruppen 1, 2, 3 und 8). Die Einzelheiten der Wertung ergeben sich aus dem Teilnahmeantrag (dort: Kriterium 10 und "Wertungsmatrix"). Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: "Referenzobjekte Umbau/Sanierung Gebäude" in den Jahren 2016 bis einschl. 2023

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Es werden folgende Nachweise/Erklärungen gefordert: "Referenzliste Bewerber zu §§ 53 ff. HOAI mit Bescheinigung" für Referenzobjekte "Umbau /Sanierung Gebäude" nach § 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV, die für jedes Referenzobjekt enthält: - die Aufgabe: TGA-Planung nach §§ 53 ff. HOAI (Anlagengruppen 1, 2, 3 und 8) im Bereich "Umbau/Sanierung Gebäude" - die Beauftragung der Leistungsphasen: 2, 3 und 5 bis 8 zu § 55 HOAI - den Zeitraum der Leistungsdauer mit Angabe, wann mit der Leistungsphase 3 begonnen wurde und wann diese abgeschlossen wurde und wann mit der Leistungsphase 8 begonnen wurde - die Baukosten (gem. Kostenberechnung) in den KG 410, 420, 430 und 480 - die Auftraggeber und dortige Ansprechpartner mit Adressen und Telefonnummer sowie die dazugehörige Bescheinigung des jeweiligen öffentlichen oder privaten Auftraggebers (es genügt eine Eigenerklärung, falls eine Bescheinigung nicht erhältlich ist), die die Tätigkeit der TGA-Planung nach §§ 53 ff. HOAI bescheinigt Es werden nur Referenzobjekte zugelassen, - bei denen die Baukosten (Summe den KG 410, 420, 430 und 480) > EUR 750.000,00 (netto) sind/waren - die vom Bewerber ganz oder teilweise in den Referenzjahren 2016 bis 2023 bearbeitet wurden, wobei im Referenzzeitraum mindestens die Erbringung der Leistungsphasen 3 und 5 - 7 und der Beginn der Leistungsphase 8 liegen muss. Mindestanforderung: 2 Referenzobjekte im Referenzzeitraum 2016 bis 2023 Die Einzelheiten der Wertung ergeben sich aus dem Teilnahmeantrag (dort: Kriterium 11 und "Wertungsmatrix"). Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: "Referenzobjekte öffentlicher Auftraggeber" des TGA-

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Es werden folgende Nachweise/Erklärungen gefordert: "Referenzliste Bewerber zu §§ 53 ff. HOAI mit Bescheinigung" für Referenzobjekte "öffentlicher Auftraggeber" nach § 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV, die für jedes Referenzobjekt enthält: - die Aufgabe: TGA-Planung nach §§ 53 ff. HOAI im Bereich TGA-Planung für einen öffentlichen Auftraggeber (gem. § 99 GWB) mit Leistungsphasen 6 und 7 zu § 55 HOAI - den Zeitraum der Leistungsdauer - die ungefähren Baukosten und den Umstand, dass die Vergaben der Bauleistungen EU-weit oder national erfolgten - die Auftraggeber und dortige Ansprechpartner mit Adressen und Telefonnummer sowie die dazugehörige Bescheinigung des jeweiligen Auftraggebers (es genügt eine Eigenerklärung, falls eine Bescheinigung nicht erhältlich ist), die die Tätigkeit der TGA-Planung nach §§ 53 ff. HOAI bescheinigt. Es werden nur Referenzobjekte zugelassen, bei denen die Bauvergaben EU-weit oder national erfolgten

und die vom Bewerber (bezogen auf die Durchführung der LPH 6 und 7) ganz oder teilweise in den Referenzjahren 2016 bis 2023 bearbeitet wurden. Mindestanforderung: 2 Referenzobjekte im Referenzzeitraum 2016 bis 2023 Die Einzelheiten der Wertung ergeben sich aus dem Teilnahmeantrag (dort: Kriterium 12 und "Wertungsmatrix").

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 4

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Beschreibung der anzuwendenden Methode, wenn die Gewichtung nicht durch Kriterien ausgedrückt werden kann: Den zur Verhandlung eingeladenen Bewerbern werden die Zuschlagskriterien mit der Einladung zur Verhandlung bekanntgegeben.

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4DDKHRB6/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4DDKHRB6>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4DDKHRB6>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 22/12/2023 10:15:00 (UTC+01:00) Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 6 \$name_timeperiod.

MONTHS_PLURAL_deu

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Die Vergabestelle kann fehlende Erklärungen/Nachweise nachfordern.

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Ort des Eröffnungstermins: Bremen

Eröffnungstermin — Beschreibung: nur Mitarbeiter Vergabestelle und dortige Berater

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Bewerber ist verpflichtet, im Auftragsfall eine Person mit - Qualifikation Dipl.- Ingenieur oder gleichwertig (Bachelor-Abschluss oder

Meisterprüfung in einem technischen Beruf oder staatl. gepr. Techniker ist gleichwertig) - mindestens 6-jähriger beruflicher Erfahrung in der Abarbeitung der Leistungsphase 8 zu § 55 HOAI für die Dauer der Abarbeitung der Leistungsphase 8 zu § 55 HOAI zu stellen.
Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich
Aufträge werden elektronisch erteilt: nein
Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja
Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform:
Arbeitsgemeinschaft mit gesamtschuldnerischer Haftung der Mitglieder

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Bremen bei der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung

Informationen über die Überprüfungsfristen: a) Ein Unternehmen, das ein Interesse am Auftrag hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Abs. 6 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht, kann ein Nachprüfungsverfahren gemäß der §§ 160 ff. GWB bei der zuständigen Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren einleiten. b) Der Antrag ist unzulässig, soweit - der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren vor Einreichen des Nachprüfungsantrages erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; - Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, - Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Vergabebekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, - mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. c) Die Ausführungen zur Unzulässigkeit (vorstehend unter lit. b) gelten nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 135 Abs. 1 Satz 2 GWB. § 134 Abs. 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

Gesundheit Nord gGmbH Klinikverbund Bremen

TED eSender: Beschaffungsamt des BMI

8. Organisationen

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Beschaffungsamt des BMI

Registrierungsnummer: 994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Gesundheit Nord gGmbH Klinikverbund Bremen

Registrierungsnummer: HRB 21773 HB

Postanschrift: St.-Jürgen-Straße 1

Stadt: Bremen

Postleitzahl: 28205

Land, Gliederung (NUTS): Bremen, Kreisfreie Stadt (DE501)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Rechtsanwälte Ganten Hünecke Bieniek & Partner mbB

E-Mail: parbs@ghb-law.de

Telefon: 00494213290743

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Bremen bei der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung

Registrierungsnummer: keine Angabe

Postanschrift: Contrescarpe 72

Stadt: Bremen

Postleitzahl: 28195

Land, Gliederung (NUTS): Bremen, Kreisfreie Stadt (DE501)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@bau.bremen.de

Telefon: +49 42136159796

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: b95161aa-a5bf-4800-92c3-b8c42895c2d5 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 21/11/2023 17:42:28 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 712010-2023

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 226/2023

Datum der Veröffentlichung: 23/11/2023